

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Be-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

Nr. 12.

Donnerstag, den 27. Januar

1881.

Ueber das Bettelwesen.

Sollte es nicht möglich sein, die Kenntniss auszu-
breiten und „zu Gemüthe zu führen“, daß es das di-
recte Gegentheil von Wohlthun ist, was sich in dem
Spenden von Kupfer- und Nickelmünzen an unbekannt
Bettler ausdrückt?!

Die Geseze aller Culturstaaten verbieten den Bettel;
wer trotzdem solchem Gesuch entspricht, hilft also an
einer Gesezverletzung. Diese Rücksicht allein sollte ge-
nügen, dem verderblichen Almosen-Lusug ein Ende zu
machen. Die tägliche Erfahrung bezeugt jedoch, daß
das Verbot bei der Mehrzahl unbeachtet bleibt. Theils
sind alte Gewohnheiten, Bequemlichkeit, Gedankenlosig-
keit zu mächtig, theils verleitet ein an sich schönes Mit-
leid zu falschen Schlussfolgerungen und Handlungen.
Alle Einwände, welche dieses Mitleid zur Beschönigung
seines Thuns vorbringt, lassen sich freilich nicht mit
wenigen Worten widerlegen, denn das erforderliche tiefere
Eingehen in staatswissenschaftliche und psychologische Fra-
gen, wiederholt sei hier jedoch wenigstens Folgendes.

Das Verbot der Bettelerei ist keineswegs hart, un-
christlich, sondern durchaus wohlbedacht, gerechtfertigt und
schlechterdings notwendig. Wenig gelegen wäre ja an
der Bekämpfung des Publikums; sie müßte ertragen
werden, wenn es sich um einen guten Zweck handelte.
Schwerer schon fällt in's Gewicht, daß notorischerweise
in Deutschland alljährlich viele Hunderttausende in klei-
ner Münze auf Leute verschwendet werden, die der
Unterstützung nicht einmal bedürftig, geschweige würdig
sind. Summen, die, richtig verwendet, sehr viel Gutes
lindern könnten. Aber auch das ist noch nicht die Haupt-
sache. Der durchschlagende Grund, der es Jedem von
uns zur Gewissenssache machen soll, dem Bettel durch
Geben keinen Vorschub zu leisten, ist der: jeder in Ar-
menangelegenheiten Erfahrene weiß, daß durch die üb-
liche Almosenverschwendung die ärmeren Klassen im
höchsten Grade gefährdet, sittlich und wirtschaftlich er-
niedrigt, daß Bettlerschaaren förmlich gezüchtet werden.
Denken wir uns doch in die Seele eines hartschaffenden
Arbeiters oder Diensthofen mit kargsten Einnahmen.
Täglich sieht er Duzende von Leuten ein bequemeres
Langerleben führen, lediglich jenem Fischereigewerbe ob-
liegend, das im großen Menschenstromen mittels umge-
kehrten Hutes und zerlumpten Anzugs betrieben wird.
Wie nahe liegt da der Gedanke, zumal in schlechten
Zeiten, „die Hinte — ins Korn“, das Arbeitsgeräth bei
Seite zu werfen und — zum „weißen Stabe“ zu grei-
fen, während doch gerade in solchen Zeiten jeder die
äußersten Anstrengungen machen muß, um nicht zu ver-
sinken. Denn wo die Erwerbslosigkeit eine allgemeine
Landescalamität ist, kann der Armennoth gar nicht aus-
reichend gesteuert werden. So erstirbt allmählig in immer
weiteren Kreisen das Ehrgefühl, die Arbeitslust und die
Lebhaftigkeit! — Nicht geringen Antheil an vielen traurigen
Erscheinungen der Gegenwart ist dem überhandnehmenden
Bettelwesen zuzuschreiben.

Der diese Zeilen schreibt, hat sich seit Jahrzehnten
zur Pflicht gemacht, jedem Unbekannten, der ihn um
ein Almosen angeht, in ruhigem, festem Tone und mit
entsprechendem Blicke, nicht etwa mit verlegten nieder-
geschlagenen Augen zu antworten: „Mein Grundsatz ist,
keinem, dessen Unterstützungswürdigkeit ich nicht prüfen
kann, etwas zu geben. Wenden Sie sich an einen Verein
gegen Verarmung oder an die Armenbehörde.“ Ein
Erfahrungsmaterial von wohl mehreren hundert Fällen
liegt jetzt hinter mir, und ich kann sagen, gewiß min-
destens 90 Procent der Bettler zogen auf jene Erklärung
ohne weitere Versuche ihres Weges. Wo etwas
erwidert wurde, das Aufklärung verdiente, gab ich diese
in kurzen Worten und hatte gar selten die Genußthuung,
Verständniß zu bemerken. Weit entfernt bin ich, mir
einzubilden, nur einen einzigen „gebeffert“ zu haben,
lasse mir vielmehr an dem Bewußtsein genügen, die
schlechten Beispiele nicht um eins vermehrt zu haben.

Sehr zu wünschen wäre, daß alle Zeitungen und
Beitragsschriften jede passende Gelegenheit ergreifen, vor der
falschen Wohlthätigkeit zu warnen, die sich in Kupfer-
und Nickelmünzen ausdrückt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Nach einer Depesche der „Wes-
tg.“ aus Berlin steht in Folge der Steigerung der
Einnahmen aus Böllen und Verbrauchssteuern im Reichs-
budget bis Ende 1880 ein Einnahmehüberschuß in Höhe
von 25 Millionen Mark in Aussicht, so daß eine Stei-
gerung der Matrikularbeiträge vermieden werden wird.

— Im April d. J. wird die Einziehung der
Reserven zu einer 12täg. Uebung stattfinden, welche
im Herbst 1879 entlassen worden sind; andererseits erfolgt
im Juni eine Landwehrrückführung solcher Mannschaften,
welche im Herbst 1880 zur Landwehr übergetreten sind.
Während der 12tägigen Uebung der Wehrlaute rücken
Bataillone des stehenden Heeres, zu welchen diese Land-
wehr gehört, in die nächste Umgebung ihrer Garnisons-
orte aus, um dort Gesezübungen abzuhalten. Es
tritt hierin von dem bisher seit einigen Jahren beobach-
teten Verfahren bez. der Dispositionen für den nächsten
Sommer keine Aenderung ein.

— Die Agitation für das Tabakmonopol be-
ginnt sich schon mächtig zu regen und nimmt haupt-
sächlich Elsaß-Lothringen zum Ausgangspunkt. Die
amtliche „Elsaß-Lothr. Ztg.“ nimmt wegen des Fac-
tum, daß in dem reicheländischen Landesausschuß bei
der diesjährigen Beratung des Etats der Kaiserlichen
Tabakmanufaktur 500,000 M. zur Erhöhung des Be-
triebsfonds debattelos bewilligt sind, Anlaß, auf die
außerordentlich wohlthätige Wirkung des Monopols hin-
zuweisen, welches nach französischen Finanzweisen
dort 300 Millionen Francs im Jahre eingebracht hat.
Mit peinlicher Sorgfalt sammelt das amtliche Blatt
alle möglichen Pressstimmen zu Gunsten des Monopols
und kommt zu dem Resultat, die Tabakpflanze sei jetzt
zu einem instrumentum regni geworden. Der Arti-
kel schließt mit einer Apostrophe an den „großen Kanzler“,
Deutschland recht bald mit dem Monopol zu beglücken.
— Inzwischen fährt die Straßburger Tabakmanufaktur
fort, Filialen im übrigen Deutschland zu begründen,
um für das Monopol Terrain zu schaffen.

— Oesterreich. Die Bauernbewegung ist nun
nächst Oesterreich und Steiermark auch in Niederöster-
reich in vollen Fluß gerathen. In Groß-Enzersdorf,
St. Pölten und Krems haben kürzlich Bauern- und
Volksversammlungen stattgefunden, welche durch ihre
Resolutionen gegen die den Alpenländern drohenden
Mehrbelastungen protestirten und unter Berufung auf
die Solidarität aller Deutschen in Oesterreich ein ge-
schlossenes Vorgehen der deutsch-liberalen Partei in der
Frage der Grund- und Gebäudesteuern forderten. Die
in St. Pölten und Krems gefaßten Resolutionen be-
sprechen auch in sehr abfälliger Weise die durch die
neueste Verschönerungs-Vera geschaffene Situation, und
die Kremsler Resolution nimmt sogar den eventuellen
Austritt der deutsch-liberalen Abgeordneten aus dem
Reichsrathe in Aussicht.

— In Frankreich bildet die Rede, welche Gam-
betta bei seiner Wiederwahl zum Kammerpräsidenten
gehalten, und die auf den Beschluß der Deputirtenkam-
mer in allen Gemeinden der Republik öffentlich ange-
schlagen ist, das Ereigniß des Tages. Sie wird von
der gesammten Presse als ein politischer Act von höch-
ster Bedeutung betrachtet, insofern sie angesichts des
enthusiastischen Beifalles, den sie in und außerhalb der
Kammer gefunden, vor ganz Europa den ausschließlich
dominirenden Einfluß Gambettas constatirt. Alle Hin-
dernisse, die bisher der Uebertragung der höchsten Ge-
walt an den Kammerpräsidenten scheinbar entgegen-
standen, können heute schon als beseitigt gelten. Die
Majorität der Deputirtenkammer, die von jeder dem
Ansehen Gambettas allen Vorschub leistete, hat sich
nach den Triumpfen, die der Kammerpräsident im
Kampfe mit den ihm feindlich gegenüberstehenden Par-
teien und Einflüssen errungen, derartig für denselben
engagirt, daß sein Wille künftig nirgends ernstlichen Schwie-
rigkeiten mehr begegnet wird. Auch zweifelt Niemand
daran, daß die Männer, welche die heutige Kammer-
majorität bilden, nach dem Zeugniß, welches Gambetta
ihnen vor dem Lande angedeutet, auf seinen Namen
wiedergewählt werden. Daher der Dank, den die Kam-

mer Gambetta votirte, indem sie anordnete, daß seine
Rede zu Ehren der Republik in allen Gemeinden öffent-
lich angeschlagen werde. „Dank den Anstrengungen
der Deputirten in der Erfüllung ihrer Pflichten“, sagt
die „Republique française“, „hat sich die Republik be-
festigt und steht nunmehr unerschütterlich da; die Ge-
seze sind reformirt und revidirt in demokratischem Geiste,
die republikanischen Sitten dringen immer mehr in
Fleisch und Blut des Volkes, die Ordnung ist gesichert,
der Fortschritt ist garantiert. Wir können jetzt die ohn-
mächtigen Verächter dieser acht republikanischen Politik
schreien lassen, sie ist es, welche Frankreich jetzt will,
und welcher ganz Frankreich morgen applaudiren wird.“

— Großbritannien. Der Londoner „Spectator“
klagt jüngst über die unwürdige Selbstsucht der Ame-
rikaner, welche sich damit begnügen, Reichthümer zu
sammeln, statt ihre ungeheure Macht zu Gunsten der
Unterdrückten auf dem ganzen Erdball zu verwenden.
Ein einziger Schuß einer amerikanischen Kanone würde
genügen, Armenien zu befreien, allein dieser Schuß
werde nicht abgefeuert. Die New-Yorker „Tribüne“
beantwortet diese charakteristische Klage mit einer nicht
minder charakteristischen Entgegnung. Das Blatt sagte:
„Gesezt, wir übernahmen den Polizeidienst für die ganze
Welt, was würde unsere erste Handlung sein? Einfach
England in's Loch zu stecken, als den Allerweltstrafehler
und Friedensstörer. Wir würden ihm zurufen: Hände
weg von Kandaahar! Hände weg von Transbaal! Und
wenn wir uns an die Jahrhunderte von Mißregierung,
Grausamkeit und Unterdrückung erinnern in Irland,
so würden wir eine amerikanische Flotte in den St.
Georgeskanal einlaufen lassen mit dem Befehl: Hände
weg von Irland! Würde England dann nicht bitter-
lich bereuen, daß wir aufgehört haben, uns bloß um
unsere eigenen Angelegenheiten zu kümmern? Es ist
der größte Unterdrücker untergehender Rassen und wür-
den wir hauptsächlich mit ihm abzurechnen haben.“

— Rußland. Der Senat für Finnland hat sämt-
liche dem mosaischen Glaubensbekenntnis angehörigen
Personen, die sich zur Zeit in Finnland aufhalten, dahin
verurtheilt, daß sie vor Ausgang dieses Monats das
Land zu verlassen haben, widrigenfalls sie zu gewärtigen
haben, per Schuß abgeführt zu werden. Diese antisem-
itische Maßnahme ist nicht auf eine Antipathie der
christlichen Bevölkerung in Finnland gegen die Juden
gestützt, sondern es hat die oberste Landesbehörde die
Initiative dazu ergriffen und sich dabei auf eine alte
schwedische Verordnung bezogen. Nur die jüdischen aus-
geübten und permissirten Soldaten der russischen Armee
dürfen nach dem erwähnten Befehle nebst Frauen und
Kinder im Lande bleiben.

— Orient. Die griechische Regierung beharrt
bei ihrem Widerstande gegen alle Versöhnungsversuche.
Sie soll der römischen „Agencia Stefani“ zufolge ihre
außwärtigen Vertreter dahin informiert haben, daß sie
den Vorschlag der Pforte wegen Abhaltung einer Con-
ferenz in Constantinopel noch unorthodoxer finde, als
den Vorschlag eines Schiedsgerichts. Gleichzeitig habe
die griechische Regierung ihre Vertreter angewiesen, sich
in diesem Sinne bei den Regierungen, bei denen sie
beglaubigt wären, auszusprechen.

— Amerika. Lima, die Hauptstadt von Peru
hat sich dem Heere der Chilenen ergeben. Das heißt
der Kampf der drei Republiken Chili, Peru und Bolivia
in Südamerika ist zu Ende. Peru und Bolivia sind
unterlegen und das ist befriedigend; denn auf Seite
der Chilenen stand das Recht, die höhere moralische
und die materielle Kraft, die Chilenen sind arbeitsam,
tüchtig und haben nur ungern zu den Waffen gegriffen.
In Bolivia und Peru herrscht der Krummsab, die Ein-
wohner sind arbeitscheu, verdummt und tief verschuldet.
Bolivia hatte es versucht, durch eine übermäßig hohe
Besteuerung des Guano-Handels von Atacama, der sich
meist in Händen der Chilenen befand, ihren Finanzen
aufzuhelfen. Als Chili dies mit Verurufung auf Verträge
ablehnte, erschienen plötzlich auch die Peruaner auf der
Scene. Auch sie wollten durch einen glücklichen Krieg
gegen das reiche Chili ihren Finanzen auf die Beine
helfen. Es ist jedoch anders gekommen, und heute steht
eine chilenische Armee von nahezu 25,000 Mann mit